Messstellenbetreiberrahmenvertrag Gas (MSB-RV Gas)

zwischen Netzbetreiber und Messstellenbetreiber
nach § 9 Abs. 1 Nr. 3 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG)

Zwischen

- Messstellenbetreiber und

**SWO Netz GmbH, Alte Poststraße 9, 49074 Osnabrück** - Netzbetreiber -

gemeinsam auch Vertragsparteien genannt, wird folgender Rahmenvertrag geschlossen.

**Angaben zur Identifikation**

**Netzbetreiber:**  **9870033300003** **Marktpartneridentifikationsnummer**

**Messstellenbetreiber:** \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ **Marktpartneridentifikationsnummer**

§ 1 Gegenstand des Vertrages

1Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zur Durchführung des Messstellenbetriebs einschließ­lich der mess- und eichrechtskonformen Messung an den Messlokationen von Letztverbrauchern durch einen nicht mit dem Netzbetreiber identischen Messstellenbetreiber, der

1. aufgrund einer Beauftragung durch den Anschlussnutzer nach § 5 MsbG oder
2. aufgrund einer Beauftragung durch den Anschlussnehmer nach § 6 MsbG

im Netzgebiet des Netzbetreibers auf der Grundlage des MsbG sowie der auf dieser Basis erlassenen Rechtsverordnungen und behördlichen Festlegungen in jeweils aktueller Fassung zuständig ist. 2Die in dem vorliegenden Vertrag enthaltenen Regelungen sind in ihrem Anwendungsbereich abschließend. 3Die Parteien sind befugt, in beiderseitigem Einverständnis zu diesem Vertrag ergänzende Regelungen zu treffen, sofern der Netzbetreiber den Abschluss der ergänzenden Regelungen jedem Messstellenbe­treiber diskriminierungsfrei anbietet. 4Der Abschluss der ergänzenden Regelungen darf nicht zur Bedin­gung für den Abschluss dieses Vertrages bzw. für die Aufnahme des Messstellenbetriebs gemacht werden. 5Messlokation ist jede Messstelle i.S.d. § 2 Nr. 11 MsbG und damit die Gesamtheit aller Mess-, Steuerungs- und Kommunikationseinrichtungen zur sicheren Erhebung, Verarbeitung und Übermittlung von Messdaten und zur sicheren Anbindung von Erzeugungsanlagen und steuerbaren Lasten an Markt­lokationen eines Anschlussnutzers. 6In einer Messlokation wird jede relevante physikalische Größe zu einem Zeitpunkt maximal einmal ermittelt. 7Marktlokation ist jede Entnahmestelle i.S.d. § 41 GasNZV und damit ein Ausspeisepunkt, an einem Gasversorgungsnetz mit einer oder mehreren Messeinrich­tungen, über die Gas aus einem Gasversorgungsnetz physisch entnommen werden kann. Jede Markt­lokation wird durch einen Zählpunkt i.S.d. § 2 Nr. 28 MsbG bezeichnet. 9Die Marktlokation ist mit min­destens einer Leitung mit einem Netz verbunden.

§ 2 Anforderungen an die Messlokation

1. 1Der Messstellenbetreiber bestimmt im Rahmen der gesetzlichen Anforderungen, insbesondere des § 8 Abs. 1 MsbG, Art, Zahl und Größe von Mess- und Steuereinrichtungen. 2Diese Bestim­mung muss im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unter Berücksichtigung energiewirtschaftli­cher Belange in angemessenem Verhältnis zur Höhe des Verbrauchs und zum Verbrauchsver­halten stehen.
2. Der Netzbetreiber bestimmt den Anbringungsort von Mess- und Steuereinrichtungen gemäß § 22 Abs. 2 NDAV.
3. Die technischen Einrichtungen der Messlokationen dürfen keine unzulässigen Rückwirkungen auf das Netz des Netzbetreibers oder auf Anlagen anderer Anschlussnehmer verursachen.
4. Für die sonstigen Mindestanforderungen an die Messlokation gilt § 11 dieses Vertrages.

§ 3 Voraussetzungen für das Tätigwerden/den Wechsel des Messstellenbetreibers

1Hat gem. §§ 5, 6 MsbG eine Beauftragung eines Dritten stattgefunden, so hat der neue Messstellenbe­treiber die betroffene Messlokation beim Netzbetreiber unverzüglich anzumelden. 2In begründeten Ein­zelfällen kann der Netzbetreiber vom Messstellenbetreiber einen Nachweis der Beauftragung verlan­gen. 3In diesem Fall genügt die Übersendung einer Kopie als elektronisches Dokument an den Netzbe­treiber. 4Der Messstellenbetreiber stellt den Netzbetreiber von Haftungsansprüchen Dritter frei, die dar­aus resultieren, dass keine rechtswirksame Beauftragung vorliegt.

§ 4 Geschäftsprozesse und Datenaustausch zur Abwicklung des Messstellenbetriebs

1. Die Abwicklung des Messstellenbetriebs erfolgt unter Anwendung der von der Bundesnetzagen­tur erlassenen Festlegung zur Ausgestaltung der Geschäftsprozesse Lieferantenwechsel Gas (GeLi Gas) in jeweils geltender Fassung.
2. Soweit ein elektronischer Datenaustausch zwischen den Vertragspartnern nach Maßgabe der vorgenannten Festlegung durchzuführen ist, so erfolgt dieser in Anwendung von verbändeüber- greifend erarbeiteten Spezifikationen der Expertengruppe „EDI@Energy“, soweit diese zuvor Ge­genstand einer durch die Bundesnetzagentur begleiteten Konsultation waren und im Anschluss durch die Bundesnetzagentur veröffentlicht worden sind.

§ 5 Installation der Mess- und Steuereinrichtungen bzw. der Messsysteme

1. 1Die Durchführung der Installation hat unter Beachtung der technischen Anschlussbedingungen des Netzbetreibers zu erfolgen, soweit dies aus Gründen der sicheren und störungsfreien Ver­sorgung notwendig ist. 2Für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und In­standhaltung der technischen Einrichtungen der Messlokation ist der Messstellenbetreiber ge­genüber dem Netzbetreiber verantwortlich.
2. 1Soweit nicht der Netzbetreiber die nachfolgenden Arbeiten selbst durch eigenes gleichermaßen qualifiziertes Personal durchführt, dürfen die Anlagenbestandteile der Messlokation.
3. im Bereich des DVGW-Arbeitsblattes G 600 (DVGW-TRGI) nur durch ein in ein Installa­teurverzeichnis eines Gasnetzbetreibers eingetragenes Installationsunternehmen,
4. im Bereich des DVGW-Arbeitsblattes G 492 nur durch ein nach DVGW-Arbeitsblatt G 493-1 bzw. G 493-2 zertifiziertes Unternehmen

ein- und ausgebaut, geändert, repariert und gewartet werden. 2Im Falle der Ziff. 2 lit. a) darf der Netzbetreiber eine Eintragung in das Installateurverzeichnis nur von dem Nachweis einer ausrei­chenden fachlichen Qualifikation für die Durchführung der jeweiligen Arbeiten abhängig machen.

1. Der Netzbetreiber darf zu keinem Zeitpunkt Zugangshindernisse zu den technischen Einrichtun­gen der Messlokation errichten, die dem Messstellenbetreiber die Wahrnehmung seiner vertragli­chen Rechte erschweren.

§ 6 Wechsel des Messstellenbetreibers

1. 1Die Vertragsparteien verpflichten sich, beim Übergang des Messstellenbetriebs dem neuen Messstellenbetreiber die zur Messung vorhandenen technischen Einrichtungen, insbesondere
* die Messeinrichtung,
* vorhandene Telekommunikationseinrichtungen und
* Druck- und Temperaturmesseinrichtungen

vollständig oder einzelne dieser Einrichtungen, soweit möglich, gegen angemessenes Entgelt zum Kauf oder zur Nutzung anzubieten. 2Kommt es zwischen dem bisherigen und dem neuen Messstellenbetreiber zu keiner einvernehmlichen Einigung über das angemessene Entgelt, so gilt im Zweifel

1. im Fall des Kaufs der Sachzeitwert,
2. im Fall der Nutzungsüberlassung höchstens dasjenige monatliche Entgelt, das der bisheri­ge Messstellenbetreiber seinerseits bislang als Entgelt für die betreffende technische Ein­richtung verlangt hat,

als angemessen.

1. Soweit der neue Messstellenbetreiber von dem Angebot nach Absatz 1 keinen Gebrauch macht, hat der bisherige Messstellenbetreiber die vorhandenen technischen Einrichtungen zu einem von dem neuen Messstellenbetreiber zu bestimmenden Zeitpunkt unentgeltlich zu entfernen oder den Ausbau der Einrichtungen durch den neuen Messstellenbetreiber zu ermöglichen, wenn dieser dafür Sorge trägt, dass die ausgebauten Einrichtungen dem bisherigen Messstellenbetreiber auf dessen Wunsch zur Verfügung gestellt werden.
2. 1Kommt es zum Ausbau der bisherigen Messeinrichtung durch den neuen Messstellenbetreiber und wird zwischen den Beteiligten (den Parteien dieses Vertrages bzw. zwischen den beteiligten Dritten untereinander) keine einvernehmliche abweichende Regelung erzielt, so gilt: 2Ist eine der Vertragsparteien neuer Messstellenbetreiber im Sinne von Absatz 1 und 2, bewahrt sie bis zur unverzüglichen Abholung durch den bisherigen Messstellenbetreiber die von ihr ausgebauten technischen Einrichtungen unentgeltlich auf und sichert diese gegen Beschädigungen und den unberechtigten Zugriff Dritter. 3Hierbei hat sie für die Sorgfalt einzustehen, welche sie in eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt. 4Ist eine der Vertragsparteien bisheriger Messstellenbetrei­ber im Sinne von Absatz 1 und 2, so hat sie die vom neuen Messstellenbetreiber ausgebauten technischen Einrichtungen auf eigene Kosten und Gefahr unverzüglich abzuholen. 5Holt der alte Messstellenbetreiber die Einrichtungen nicht unverzüglich ab, so ist der neue Messstellenbetrei­ber berechtigt und verpflichtet, diese dem bisherigen Messstellenbetreiber auf dessen Kosten und Gefahr zu übersenden. 6Dabei sind die Grundsätze der effizienten Leistungserbringung zu beachten.
3. Zeigt der bisherige Messstellenbetreiber gegenüber dem neuen Messstellenbetreiber an, seine technischen Einrichtungen im Rahmen eines Gerätewechsels selbst auszubauen und ist er zu dem vom neuen Messstellenbetreiber genannten Zeitpunkt an einem Ausbau deshalb gehindert, weil er diesen nur in Zusammenwirken mit dem neuen Messstellenbetreiber vollziehen darf, der neue Messstellenbetreiber jedoch zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht an der Messlokation er­schienen ist, verpflichtet sich der neue Messstellenbetreiber gegenüber dem Netzbetreiber, dem alten Messstellenbetreiber die hierdurch entstandenen Kosten zu ersetzen (echter Vertrag zu­gunsten Dritter).

§ 7 Messstellenbetrieb

1. Der Messstellenbetreiber hat die Aufgaben gem. § 3 Abs. 2 MsbG entsprechend den gesetzli­chen Anforderungen zuverlässig durchzuführen, soweit nicht eine anderweitige Aufgabenzuwei­sung durch Gesetz, Rechtsverordnung oder behördliche Festlegung ausgesprochen ist.
2. 1Der Messstellenbetreiber sichert (z. B. durch Plombierung) die Messeinrichtungen in angemes­sener Weise gegen unberechtigte Energieentnahme. 2Die Sicherungsvorrichtungen müssen dem Messstellenbetreiber oder dem von ihm beauftragten Unternehmen in einer für den Netzbetreiber erkennbaren Weise eindeutig zuordenbar sein. 3Mit Einverständnis des Messstellenbetreibers darf der Netzbetreiber die entsprechenden Sicherungsmaßnahmen auch selbst vornehmen. 4Er darf Sicherungsmaßnahmen auch ohne Einverständnis des Messstellenbetreibers und auf des­sen Kosten vornehmen, falls der Messstellenbetreiber die nach Satz 1 erforderlichen Siche­rungsmaßnahmen unterlässt.
3. Sofern Sicherungsvorrichtungen des Netzbetreibers im Rahmen der Arbeiten des Messstellenbe­treibers geöffnet werden müssen, hat der Messstellenbetreiber den Netzbetreiber zu informieren und auf eigene Kosten für eine ordnungsgemäße Wiederherstellung der Sicherungsvorrichtungen zu sorgen, die eine eindeutige Zuordnung des ausführenden Unternehmens ermöglicht.
4. 1Vor Arbeiten an der Messlokation, die erkennbar Auswirkungen auf den Netzbetrieb oder auf netzgesteuerte Kundenanlagen haben können, ist das Einverständnis des Netzbetreibers einzu­holen. 2Der Netzbetreiber hat unverzüglich, spätestens aber am dritten Werktag nach Information durch den Messstellenbetreiber, mitzuteilen, ob zwingende technische Gründe der Durchführung der Arbeiten entgegenstehen. 3Andernfalls gilt das Einverständnis des Netzbetreibers als erteilt.
5. 1Hat der Netzbetreiber aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen etwa zur Durch­führung der Unterbrechung des Anschlusses oder der Anschlussnutzung nach den §§ 17 und 24 der NDAV Arbeiten durchzuführen und ist hierfür die Einwirkung auf technische Einrichtungen der vom Messstellenbetreiber betriebenen Messlokation erforderlich, so gilt: 2Der Netzbetreiber hat den Messstellenbetreiber mit einer Vorlaufzeit von drei Werktagen über Erforderlichkeit, Um­fang und Zeitpunkt der Einwirkung zu informieren. 3Der Messstellenbetreiber hat dem Netzbetrei­ber innerhalb der drei Werktage eine Rückmeldung zu geben, ob er der Vorgehensweise durch den Netzbetreiber zustimmt. 4Die Zustimmung des Messstellenbetreibers kann auch generell im Voraus erteilt werden. 5Erteilt der Messstellenbetreiber die Zustimmung nicht, so ist er verpflich­tet, zur Unterstützung der vom Netzbetreiber durchzuführenden Unterbrechung die seinerseits er­forderliche Mitwirkung zu leisten. 6Leistet der Messstellenbetreiber zum angegebenen Zeitpunkt die erforderliche Mitwirkung nicht, so ist der Netzbetreiber seinerseits berechtigt, die erforderli­chen Handlungen auch ohne den Messstellenbetreiber vorzunehmen. 7Nach Abschluss der Ar­beiten hat der Netzbetreiber unverzüglich den Ausgangszustand in Bezug auf die technischen Einrichtungen der Messlokation wieder herzustellen. 8Bestanden die Arbeiten in einer Unterbre­chung des Anschlusses oder der Anschlussnutzung, so ist der Ausgangszustand spätestens bei Aufhebung der Unterbrechung wieder herzustellen.
6. 1Bei Gefahr im Verzug, insbesondere in den Fällen des § 24 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 NDAV, ist der Netzbetreiber auch ohne vorherige Information und ohne vorherige Zustimmung des Messstel­lenbetreibers berechtigt, unmittelbar auf technische Einrichtungen der Messlokation des Mess­stellenbetreibers einzuwirken. 2Er hat den Messstellenbetreiber in diesem Fall unverzüglich im Nachgang über Art, Umfang und Dauer der vorgenommenen Arbeiten zu informieren. 3Nach Ab­schluss der Arbeiten hat der Netzbetreiber unverzüglich den Ausgangszustand in Bezug auf die technischen Einrichtungen der Messlokation wieder herzustellen. 4Bestanden die Arbeiten in einer Unterbrechung des Anschlusses oder der Anschlussnutzung, so ist der Ausgangszustand spätes­tens bei Aufhebung der Unterbrechung wieder herzustellen.
7. 1Der Messstellenbetreiber darf Unterbrechungen des Anschlusses oder der Anschlussnutzung, die der Netzbetreiber veranlasst hat, nicht ohne Zustimmung des Netzbetreibers wieder aufhe­ben. 2Der vorstehende Satz gilt auch im Rahmen der Durchführung des Messstellenbetreiber­wechsels.
8. 1Im Falle des Wechsels des bisherigen Anschlussnutzers oder Anschlussnehmers ist der Dritte, der den Messstellenbetrieb durchführt, auf Verlangen des grundzuständigen Messstellenbetrei­bers verpflichtet, für einen Übergangszeitraum von längstens drei Monaten den Messstellenbe­trieb fortzuführen, bis der Messstellenbetrieb auf Grundlage eines Auftrages des neuen An­schlussnutzers oder des neuen Anschlussnehmers durchgeführt werden kann. 2Der Dritte hat Anspruch auf ein vom grundzuständigen Messstellenbetreiber zu entrichtendes angemessenes Entgelt. 3In anderen Fällen als dem Wechsel des Anschlussnutzers bzw. Anschlussnehmers, in denen die Messlokation wieder dem grundzuständigen Messstellenbetreiber zuzuordnen wäre, ist dieser in entsprechender Anwendung dieses Absatzes für einen Übergangszeitraum von längs­tens einem Monat berechtigt, vom bisherigen Messstellenbetreiber die Fortführung des Messstel­lenbetriebs gegen ein angemessenes Entgelt zu verlangen, sofern dieser in der Lage ist, den Messstellenbetrieb ordnungsgemäß fortzusetzen. 4Kommt es im Rahmen des Wechsels der Zu­ständigkeit des Messstellenbetreibers für eine Messlokation durch Verzögerungen bei Geräte­wechsel und/oder Geräteübernahme zwischen altem und neuem Messstellenbetreiber zu einer Verkürzung oder Verlängerung der Zuständigkeit des alten Messstellenbetreibers von bis zu 9 Werktagen (Realisierungskorridor), so steht den Messstellenbetreibern hierfür jeweils gegenseitig kein finanzieller Ausgleich zu.
9. 1Der Messstellenbetreiber übermittelt dem Netzbetreiber die zur Verwaltung der Marktlokationen erforderlichen Informationen über die Messlokation. 2Diese Übermittlung hat soweit möglich im Wege der elektronischen Datenkommunikation zu erfolgen.
10. 1Der Netzbetreiber ist berechtigt, bei Zweifeln an der Richtigkeit der Messwerte die Durchführung einer Kontrollablesung durch den Messstellenbetreiber zu verlangen. 2Die Kosten hierfür trägt der Netzbetreiber, sofern die Messwerte des Messstellenbetreibers richtig sind. 3Andernfalls trägt der Messstellenbetreiber die Kosten dieser Ablesung.

§ 8 Kontrolle der Messlokation, Störungsbeseitigung und Befundprüfung

1. 1Der Messstellenbetreiber hat eine Störungsannahme vorzuhalten. 2Liegen Anhaltspunkte für Störungen (z.B. Fehlfunktion, Verlust, Beschädigungen, Manipulationen oder Manipulationsver­suche) der Messlokation vor, führt der Messstellenbetreiber nach eigener Kenntnisnahme oder nach Aufforderung durch den Netzbetreiber unverzüglich eine Kontrolle der Messlokation durch und beseitigt erforderlichenfalls die Störung. 3Erfolgt im Störungsfall innerhalb der nach den fest­gelegten Geschäftsprozessen vorgesehenen Fristen keine Rückmeldung über die Störungsan­nahme bzw. keine Störungsbeseitigung durch den Messstellenbetreiber, so kann der Netzbetrei­ber die Störung auf Kosten des Messstellenbetreibers selbst beseitigen oder einen Dritten mit der Störungsbeseitigung beauftragen. 4Erfolgt die Kontrolle durch den Messstellenbetreiber aufgrund einer Aufforderung des Netzbetreibers und werden keine Störungen im Sinne von Satz 1 festge­stellt, kann der Messstellenbetreiber vom Netzbetreiber ein angemessenes Entgelt verlangen. 5Bei Gefahr im Verzug hat der Messstellenbetreiber unmittelbar die in seinem Einwirkungsbereich befindlichen offenen und unter Spannung stehenden Anlagenteile gefahrlos zu machen bzw. die Hauptsicherungs- oder -absperreinrichtung zu schließen, damit die Gaszufuhr unterbrochen wird und Gefahren abgewendet werden.
2. 1Der Netzbetreiber ist berechtigt, jederzeit die Nachprüfung der Messeinrichtung durch eine Be­fundprüfung nach § 32 Abs. 1, 1a und 3 der Eichordnung oder einer Nachfolgevorschrift durch ei­ne Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des Eichgesetzes zu verlan­gen. 2Stellt der Netzbetreiber den Antrag auf Nachprüfung nicht beim Messstellenbetreiber, so hat er diesen zugleich mit der Antragstellung zu benachrichtigen. 3Beantragt der Netzbetreiber eine solche Befundprüfung, ist der Messstellenbetreiber zum Wechsel der Geräte, zur Übergabe der ausgebauten Messeinrichtung an die Eichbehörde oder Prüfstelle und zur Unterrichtung des Netzbetreibers verpflichtet. 4Ergibt die Befundprüfung, dass das Messgerät nicht verwendet wer­den darf, so trägt der Messstellenbetreiber die Kosten der Nachprüfung sowie des auf Seiten des Messstellenbetreibers entstandenen Aufwandes, ansonsten trägt der Netzbetreiber die vorbe- zeichneten Kosten.
3. 1Bekannt gewordene Störungen sowie die Ergebnisse der Maßnahmen zur Störungsbeseitigung oder einer Befundprüfung sind dem Netzbetreiber vom Messstellenbetreiber unverzüglich in Text­form mitzuteilen. 2Erhält der Messstellenbetreiber anlässlich seiner Tätigkeit Anhaltspunkte über Störungen an Anlagen des Netzbetreibers, hat er diesen hierüber unverzüglich in Textform zu un­terrichten.

§ 9 Pflichten des Netzbetreibers

1. 1Der Netzbetreiber ist für die Vergabe der eindeutigen Identifikationsnummer für die Messlokation zuständig. 2Diese erfolgt nach den Vorgaben des DVGW Arbeitsblattes G 2000 in der jeweils geltenden Fassung.
2. 1Soweit durch Gesetz, Rechtsverordnung oder behördliche Festlegung ausgesprochen, hat der Netzbetreiber abweichend von § 3 Abs. 2 MsbG auch die Aufgabe, eine Messwertaufbereitung und -verteilung vorzunehmen. 2Der Messstellenbetreiber wird ihn hierzu durch Bereitstellung etwa erforderlicher Zusatzangaben zur Messlokation unterstützen.
3. Der Netzbetreiber verpflichtet sich zur unverzüglichen Übergabe aller für die Realisierung des Messstellenbetriebs erforderlichen Informationen (z.B. Identifikationsnummern, Ausgestaltung der Messlokation, Tarifschalt- und Unterbrechungszeiten).
4. 1Führt der Netzbetreiber erforderliche Maßnahmen in seinen Anlagen durch, die erkennbar Aus­wirkungen auf die Wirkungsweise der Messlokation (z.B. Ausfall, Störung, Veränderung von Messwerten) haben können, so ist der Messstellenbetreiber vor Aufnahme der Arbeiten unver­züglich zu informieren, soweit dies möglich ist und die Beseitigung einer Störung nicht verzögern würde. 2Ansonsten ist die Information unverzüglich nachzuholen.
5. Stellt der Netzbetreiber den Verlust, Beschädigungen oder Störungen der technischen Einrich­tungen der Messlokation fest, so hat er dies dem Messstellenbetreiber unverzüglich mitzuteilen.
6. Der Netzbetreiber ist nicht verpflichtet, Inkassoleistungen für den Messstellenbetreiber zu erbrin­gen.

§ 10 Erfüllung eichrechtlicher Vorschriften

1Der Messstellenbetreiber ist mit Blick auf die Durchführung des Messstellenbetriebs Messgerätever­wender im Sinne des Eichrechts und verantwortlich für die Einhaltung aller sich aus dem Eichrecht ergebenden Anforderungen und Verpflichtungen. 2Er bestätigt im Sinne des § 33 Abs. 2 MessEG, dass er als Messgeräteverwender seine ihm hiernach obliegenden Verpflichtungen erfüllt.

§ 11 Mindestanforderungen des Netzbetreibers

1. Der Netzbetreiber ist berechtigt, im Rahmen des § 8 Abs. 2 MsbG sachlich gerechtfertigte und nicht diskriminierende technische Mindestanforderungen an die in seinem Netzgebiet verwende­ten Mess- und Steuereinrichtungen vorzugeben.
2. 1Sofern auf eine Messlokation wegen baulicher Veränderungen oder einer Änderung des Ver­brauchsverhaltens des Anschlussnutzers oder Änderungen des Netznutzungsvertrages andere Mindestanforderungen anzuwenden sind, ist der Netzbetreiber berechtigt, vom Messstellenbe­treiber die erforderlichen Anpassungen der Messlokation an die anderweitigen Mindestanforde­rungen zu verlangen. 2Erfolgt keine Anpassung an die anzuwendenden Mindestanforderungen, ist der Netzbetreiber berechtigt, den Vertrag über den Messstellenbetrieb für diese Messlokation bei einer wesentlichen Abweichung von den Mindestanforderungen zu beenden.
3. 1Der Netzbetreiber ist berechtigt, die Mindestanforderungen gemäß § 8 Abs. 2 MsbG bei Bedarf anzupassen. 2Über beabsichtigte Änderungen wird der Netzbetreiber den Messstellenbetreiber mindestens drei Monate vor deren Wirksamwerden in Textform informieren und dem Messstel­lenbetreiber in angemessener Weise Gelegenheit zur Stellungnahme geben. 3Die Pflicht zur Konsultation entfällt, soweit die jeweilige Mindestanforderung bereits Gegenstand einer wirksam verabschiedeten technischen Mindestanforderung im Anwendungsbereich des § 19 Abs. 4 EnWG war.

§ 12 Datenaustausch und Datenverarbeitung

1. Der Datenaustausch zwischen Netzbetreiber und Messstellenbetreiber erfolgt elektronisch.
2. 1Die Kontaktdaten für die jeweiligen Ansprechpartner beim Netzbetreiber und Messstellenbetrei­ber sind in Textform zusammenzustellen und auszutauschen. 2Änderungen werden sich die Ver­tragsparteien unverzüglich mitteilen.
3. 1Die Vertragsparteien werden die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages erhobenen, übermittelten oder zugänglich gemachten personenbezogenen Daten vertraulich be­handeln. 2Dies gilt namentlich hinsichtlich der Beachtung von § 6a EnWG und der datenschutz­rechtlichen Bestimmungen. 3Die Vertragsparteien sind berechtigt, Verbrauchs-, Abrechnungs­- und Vertragsdaten (insbesondere für die Erfassung, Bilanzierung und Abrechnung der Gasliefe­rungen sowie der Netznutzung) an Dritte in dem Umfang weiterzugeben, wie dies zur ordnungs­gemäßen technischen und kommerziellen Abwicklung der jeweiligen Pflichten erforderlich ist. 4Diese Regelungen schließen eine Weitergabe an Behörden und Gerichte im Rahmen der ge­setzlichen Vorgaben nicht aus.

§ 13 Haftung

1. 1Der Messstellenbetreiber haftet gegenüber dem Netzbetreiber für Schäden durch Unterbrechung oder Unregelmäßigkeiten der Energieversorgung entsprechend den besonderen Haftungsbe­stimmungen des § 18 NDAV. 2Für sonstige Schäden, die durch die technischen Einrichtungen der Messlokation selbst oder deren fehlerhaften Einbau, Ausbau, Betrieb oder Wartung verur­sacht worden sind, haftet der Messstellenbetreiber nach den allgemeinen gesetzlichen Bestim­mungen und stellt den Netzbetreiber von etwaigen Schadensersatzforderungen Dritter in diesem Zusammenhang frei.
2. Wirkt der Messstellenbetreiber nach § 7 Abs. 5 dieses Vertrages an Maßnahmen des Netzbetrei­bers mit, ist der Netzbetreiber verpflichtet, den Messstellenbetreiber von sämtlichen Schadenser­satzansprüchen freizustellen, die sich aus einer unberechtigten Handlung ergeben können.
3. 1Der Netzbetreiber haftet gegenüber dem Messstellenbetreiber für Schäden durch Unterbrechung oder Unregelmäßigkeiten der Energieversorgung entsprechend den besonderen Haftungsbe­stimmungen des § 18 NDAV. 2Die gesetzliche Haftung bleibt im Übrigen unberührt.

§ 14 Vertragslaufzeit und Kündigung

1. 1Der Rahmenvertrag tritt zum 01.10.2017 in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. 1Er kann

vom Messstellenbetreiber mit einer Frist von drei Monaten auf das Ende eines Kalendermonats in Textform gekündigt werden.

1. Dieser Vertrag kann von beiden Parteien fristlos aus wichtigem Grund in Textform gekündigt werden, wenn gegen wesentliche Bestimmungen dieses Vertrages wiederholt trotz Abmahnung schwerwiegend verstoßen wird.

§ 15 Übergangs- und Schlussbestimmungen

1. 1Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag können mit Zustimmung der jeweils anderen Vertrags­partei auf einen Dritten übertragen werden. 2Die Zustimmung darf nur verweigert werden, sofern die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des eintretenden Dritten nicht gewährleistet ist. 3Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die andere Vertragspartei nicht innerhalb von sechs Wochen nach der Mitteilung über die Übertragung der Rechte und Pflichten widerspricht. 4Die Mitteilung und der Widerspruch nach Satz 3 sind jeweils in Textform gegenüber dem anderen Vertragspartner zu erklären. 5Im Fall der Gesamtrechtsnachfolge oder der Rechtsnachfolge nach dem Umwandlungsgesetz oder in sonstigen Fällen der rechtlichen Entflechtung des Netzbetriebs nach § 7 EnWG gehen die Rechte und Pflichten des Vertrages ohne Zustimmung über.
2. 1Gibt der Netzbetreiber sein Netz oder einen Teil seines Netzes an einen anderen Netzbetreiber ab, informiert er den Messstellenbetreiber über die Netzabgabe und die Einzelheiten der Abwick­lung mit einer Frist von mindestens dreieinhalb Monaten vor Wirksamwerden der Netzabgabe. 2Übernimmt der Netzbetreiber ein Netzgebiet, werden die Messlokationen des Messstellenbetrei­bers in diesem Netzgebiet ab Übernahme des Netzes durch den Netzbetreiber im Rahmen die­ses Vertrages abgewickelt. 3Der Netzbetreiber informiert den Messstellenbetreiber über die Netz­übernahme und die Einzelheiten der Abwicklung mit einer Frist von mindestens dreieinhalb Mo­naten vor Wirksamwerden der Netzübernahme.
3. 1Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrags unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen unberührt. 2Die Vertragsparteien verpflichten sich, bis zum In­krafttreten einer regulierungsbehördlich festgelegten Nachfolgefassung die unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen durch andere, ihrem wirtschaftlichen Erfolg möglichst nahe kommenden Regelungen zu ersetzen. 3Zur Schließung von Regelungslücken sind die Vertrags­grundlagen nach § 1 Abs. 1 dieses Vertrages heranzuziehen. 4Die Bestimmungen des Vertrages sind nach Treu und Glauben umzusetzen.
4. Sollten sich sonstige für das Vertragsverhältnis bestimmende Umstände wesentlich ändern oder gesetzliche oder behördliche Maßnahmen eine Änderung erforderlich machen, haben die Ver­tragsparteien den Vertrag bis zum Inkrafttreten einer regulierungsbehördlich festgelegten Nach­folgefassung unverzüglich an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen.
5. Der Datenaustausch erfolgt außerhalb des Geltungsbereichs von § 4 Abs. 2 bis zum Wirksam­werden einer Festlegung durch die Bundesnetzagentur nach den Vorgaben des Netzbetreibers unter Beachtung des § 52 Abs. 1 MsbG.
6. Mit Vertragsbeginn werden bis zu diesem Zeitpunkt zwischen den Vertragsparteien bestehende Vereinbarungen über den Messstellenbetrieb unwirksam.
7. 1Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform.

2Gleiches gilt für die Änderung dieser Klausel.